

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 11

Artikel: Grossbritannien : es ist vor allem Wilsons Sieg
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338896>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Grossbritannien: Es ist vor allem Wilsons Sieg

Das britische Wahlergebnis vom 10. Oktober 1974 hat mit dem vom 28. Februar des gleichen Jahres manches gemeinsam: wieder haben nicht so sehr die Sozialisten gesiegt als die Konservativen verloren. Wieder zeigt sich ein leichter Vormarsch der walisischen und ein stärkerer der schottischen Nationalisten (im letzteren Falle diesmal nur auf Kosten der Konservativen). Wieder haben die Splitterkandidaten nicht einmal Achtungserfolge erzielt. Nur bei den Liberalen zeigt sich nach ihrem zahlenmässigen Erfolg vom Februar eine rückläufige Bewegung: ihr Versuch, das Grossbritannien beherrschende Zweiparteiensystem zu brechen, ist wohl für Jahrzehnte gescheitert. Labour hat zwanzig Unterhaussitze gewonnen und hat mit 319 Mandaten eine wenn auch kleine parlamentarische Mehrheit (von 3 Sitzen), also ungefähr die gleiche Position, die die Partei genau vor zehn Jahren nach 13 schlechten Jahren in der Opposition zu erringen vermochte. Aber nach dem knappen Sieg von 1964 folgte der grosse von 1966, der der Partei eine ausreichende parlamentarische Mehrheit gab. Angesichts der offenkundigen Wahlmüdigkeit im Lande wird man jedoch diesmal baldige Wiederwahlen zu vermeiden trachten, wenn auch die Drohung mit ihnen eine Waffe Wilsons gegen die Opposition ist. Vom reinen Parteistandpunkt besteht freilich wenig Anlass, mit dem jetzigen Ergebnis zufrieden zu sein, denn die Partei hat insgesamt im Lande zwar fast 11,5 Millionen Stimmen aufgebracht (die Konservativen um eine Million weniger), aber das ist um 100 000 weniger als bei den ersten unbefriedigend ausgegangenen Wahlgang dieses Jahres. (Dass man für weniger Stimmen mehr Mandate bekommen kann, ist eine der Merkwürdigkeiten des britischen Wahlrechts). Der Vergleich mit einer länger zurückliegenden Vergangenheit ist aber für Labour noch unerfreulicher, denn bei dem grossen Wahlsieg von 1945 hat die Partei fast 12 Millionen Stimmen erhalten und im Jahre 1951, als Labour die seit 1945 innegehabte parlamentarische Mehrheit auf lange Zeit verlor, hat es die Partei zum ersten und letzten Male auf fast 14 Millionen Wähler gebracht. Wenn man den Bevölkerungszuwachs der letzten Jahrzehnte und die Herabsetzung des Mindestwahlalters von 21 auf 18 bedenkt, sieht man, dass die siegreiche Partei vom Oktober 1974 im Lande lange nicht so stark verwurzelt ist, als es die geschlagene Partei von 1951 war. Für einen Mann allerdings ist der Wahlausgang ein beispielloser Triumph: für Harold Wilson, der als Premierminister ebenso wie als Oppositionsführer die beherrschende politische Persönlichkeit der britischen Insel war und ist. Von vier Wahlen, in denen er die Partei geführt hat, hat er drei gewonnen. Sein konservativer Gegenspieler Edward Heath hat von vier Wahlgängen, in denen er an der Spitze seiner Partei stand, drei verloren. Die Frage, ob er unter diesen Umstän-

den weiter Parteiführer und «Führer der Opposition Ihrer Majestät» bleiben kann, steht im Vordergrund der politischen Erwägungen. Dankbarkeit oder persönliche Rücksichtnahme kennt man auch in der britischen Politik

Keine britische Regierung kann unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen ein leichtes Leben haben, und das trifft natürlich für die neue Labourregierung in noch stärkerem Masse zu, als sie nur eine geringfügige parlamentarische Mehrheit hat, die das Manövrieren zur unabweislichen Pflicht macht. Sie kann in manchen Fragen, zum Beispiel bei der Inflationsbekämpfung auf Unterstützung teils der schottischen Nationalisten, teils der Liberalen rechnen. (Bei jedem Versuch, die offene Wunde Nordirland zu schliessen, dürfte traditionsgemäss die konservative Opposition mit der Regierung stimmen.) Die Tatsache aber, dass man sich von Fall zu Fall wird um eine parlamentarische Mehrheit bemühen müssen, wenn drei der Labourabgeordneten krank sind oder gar sterben, wird das Regieren wesentlich erschweren und die Regierung daran hindern, manche ihrer Wahlversprechungen, zum Beispiel auf dem Gebiet der Nationalisierung, zu verwirklichen, was zu innerparteilichen Schwierigkeiten führen könnte. Ob und inwieweit unter diesen Umständen der sogenannte «Sozialkontrakt» mit den Gewerkschaften, die in diesen Fragen keineswegs einheitlich auftreten, Wirksamkeit behalten und seine Funktion der Inflationsvorbeugung erfüllen wird, ist noch eine offene Frage.

Das stärkste Fragezeichen wird aber durch das Europaproblem gesetzt. Zwar hat sich die Partei im Gegensatz zur ganzen britischen parlamentarischen Tradition und im Gegensatz auch zu ihrer bis 1972 konsequent vertretenen Linie aus wahltaktischen Erwägungen auf ein Referendum über das Verbleiben oder Nichtverbleiben Grossbritanniens in den Europäischen Gemeinschaften verpflichtet und sich unvorsichtigerweise auch darauf festgelegt, das Ergebnis einer solchen Volksabstimmung, bei der die Art der Fragestellung noch unbestimmt ist, wie immer es auch ausfallen möge, als für sie bindend zu betrachten. Aber es ist ein öffentliches Geheimnis, dass Wilson sein Land nicht wieder aus der Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt herauslösen möchte, weil diese Mitgliedschaft klarerweise im direkten britischen Interesse liegt – entgegen allen früher geäusserten Befürchtungen schützt sie heute Grossbritannien vor den Weltmarktpreisen, die höher sind als das Preisniveau der Europäischen Gemeinschaften. Wird die Regierung Wilson versuchen, ein Gesetz über die Einführung des Referendums durchs Unterhaus zu bringen, muss sie mit einer heftigen innerparteilichen Opposition der europäisch-gesinnten Abgeordneten und Minister rechnen, aber auch mit einem entschiedenen Drängen der prinzipiellen Gegner einer europäischen Zusammenarbeit in der Partei auf die volle Einhaltung eines sehr präzise formulierten und daher nicht leicht zu umgehenden Wahlversprechens. Die während des Wahlkampfes abgegebene Erklärung der populären Shirley Williams, die in der

Regierung die Aufgabe hat, die Konsumenteninteressen zu schützen, sich im Falle eines Ausscheidens Grossbritanniens aus den Europäischen Gemeinschaften aus der Politik zurückzuziehen, und die Erklärung des Innenministers Roy Jenkins, in einem solchen Fall die Regierung verlassen zu wollen, hat bei der parteipolitisch ungebundenen Wählerschaft einen tiefen Eindruck gemacht, und es liegen schon Erklärungen neu gewählter Labour-Abgeordneter vor, nicht für die Einführung des Referendums stimmen zu wollen. Wie man eine vom britischen Verfassungsstandpunkt revolutionäre Änderung mit einer Mehrheit von drei im Unterhaus durchbringen soll, ist im Augenblick völlig rätselhaft.

So ist nach diesem Wahlsieg vieles ebenso unbestimmt, wie es vorher war, aber das eine ist sicher, dass Konservative wie Liberale alles vermeiden werden, was die Regierung stürzen müsste, weil sie nochmalige Neuwahlen fürchten müssen. Auf der anderen Seite wird es nicht leicht sein, auch nur einen erklecklichen Teil von Labours Programm für ein sozial gerechteres Grossbritannien zu verwirklichen, und eine sozialistische Regierung hat ja nur dann einen Sinn und eine Lebensberechtigung, wenn sie die Reformen durchsetzen kann, zu denen sie Tradition und programmatische Verheissungen verpflichten. In den elf Jahren, in denen Harold Wilson Parteiführer war, hat er sich immer wieder als überlegener Taktiker erwiesen, und nur seiner taktischen Überlegenheit über alle seine politischen Widersacher kann es gelingen, der Schwierigkeiten, vor die das Wahlergebnis seine Regierung gestellt hat, Herr zu werden.

Dr. J. W. Brügel

Der sicherste Weg ins Verderben wäre, wenn jedes Land für sich, nach der Methode «Rette sich, wer kann, und den letzten beissen die Hunde», Entscheidungen träge, ohne die grosse Weltgemeinschaft im Auge zu haben; wenn sich jedes Land instinktiv an primitive, eigensüchtige Lösungen der unmittelbaren, nur seinen Raum betreffenden Probleme klammerte, ohne an die grössere Katastrophe zu denken, in die es dann unerbittlich schlittern könnte.

Harold Wilson in «Die Zukunft»
